



Schulvertrag

Die Erzbischöfliche Pater-Rupert-Mayer-Realschule Pullach ist eine katholische Schule in freier Trägerschaft gemäß can. 803 des Codex Iuris Canonici und Art. 7 Abs. 4 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie Art. 134 der Verfassung des Freistaates Bayern. Als Schule in freier Trägerschaft ist sie im Rahmen der Gesetze frei in der Entscheidung über eine besondere pädagogische, religiöse oder weltanschauliche Prägung, über Lehr- und Erziehungsmethoden, über Lehrstoff und Formen der Unterrichtsorganisation. Sie ist als staatlich anerkannte Ersatzschule verpflichtet, bei der Aufnahme, beim Vorrücken und beim Schulwechsel sowie bei der Abhaltung von Prüfungen die für öffentliche Schulen geltenden Regelungen anzuwenden.

Zwischen der Erzdiözese München und Freising
als Schulträger der Erzbischöflichen Pater-Rupert-Mayer-Realschule Pullach
vertreten durch den/die Schulleiter/in (im Folgenden als Schule bezeichnet)
– einerseits –

und dem Schüler/der Schülerin _____

geboren am _____ in _____

wohnhaft in _____

Konfession: _____

vertreten durch den/die Erziehungsberechtigte(n)

Frau _____

wohnhaft in _____

Konfession: _____

Herrn _____

wohnhaft in _____

Konfession: _____

(im Folgenden als Erziehungsberechtigte bezeichnet)

sowie dem/der/den eben genannten Erziehungsberechtigten selbst

– andererseits –

wird folgender Schulvertrag geschlossen:



§ 1 Bildungs- und Erziehungsziele

Die Schule erfüllt den in Art. 1 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen genannten Bildungs- und Erziehungsauftrag. Dabei sind die Aussagen der biblischen Offenbarung und die daraus folgenden christlichen Glaubens- und Wertvorstellungen Grundlage für den Auftrag und die Merkmale der Schule, wie sie in der Grundordnung für die katholischen Schulen in freier Trägerschaft in Bayern näher niedergelegt sind. Die Schule will den Schülern und Schülerinnen helfen, ihre individuellen Begabungen und Fähigkeiten zu entwickeln, notwendige Kenntnisse und Einsichten zu gewinnen, das bewährte Erbe der vergangenen Generationen aufzunehmen und zu pflegen und den Sinn für Werte zu entwickeln. Darüber hinaus will sie als Schule in kirchlicher Trägerschaft die Schüler und Schülerinnen befähigen, ein Leben aus dem Glauben zu führen und sich in der Welt christlich zu verhalten sowie in Verantwortung für Kirche und Welt einzusetzen.

§ 2 Aufnahme

- (1) Die Schule nimmt den Schüler/die Schülerin _____ mit Wirkung vom 01.09.2018 in die 5. Jahrgangsstufe auf.
- (2) Der Schüler/die Schülerin unterliegt nach der Aufnahme der in § 6 Abs. 3 GSO/ § 7 Abs. 2 RSO geregelten Probezeit. Das Nichtbestehen der Probezeit stellt eine auflösende Bedingung des Vertrages dar.

§ 3 Vertragsbestandteile

Bestandteile dieses Vertrages sind in der jeweils gültigen Fassung:

- a) die Grundordnung für die katholischen Schulen in freier Trägerschaft in Bayern (GrOKS),
- b) die Hausordnung der Schule,
- c) die Elternmitwirkungsordnung,
- d) der Zusatz zum Schulvertrag für Schülerinnen und Schüler, die keiner christlichen Konfession angehören,
- e) die Rahmenordnung für Pädagogische Maßnahmen an den Schulen der Erzdiözese München und Freising (PMO-M).

§ 4 Schule

- (1) Die Schule erfüllt ihren Auftrag in der gemeinsamen Verantwortung aller Beteiligten. Das erfordert sowohl Übereinstimmung von Lehrkräften, Erziehungsberechtigten und Schülern/Schülerinnen in den Bildungs- und Erziehungszielen und in der Arbeit der Schule zur Erreichung dieser Ziele als auch vertrauensvolles Zusammenwirken.
- (2) Der Religionsunterricht ist wesentlicher Bestandteil des Unterrichts.



§ 5 Schüler/Schülerin

- (1) Die Schule wünscht und fördert die Mitarbeit der Schüler/Schülerinnen in der Schülermitverantwortung.
- (2) Der Schüler/die Schülerin hat die Bildungs- und Erziehungsziele der Schule zu achten und nach Kräften dazu beizutragen, sie zu verwirklichen, regelmäßig am Unterricht und an sonstigen schulischen Veranstaltungen teilzunehmen, insbesondere sich auch am religiösen Schulleben zu beteiligen und sich an die Hausordnung zu halten.
- (3) Die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften vorgesehenen Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen können getroffen werden. Bei ihrer Anwendung wird die Schule nicht hoheitlich tätig und ist nicht an das nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften einzuhaltende Verfahren gebunden. Die Schule kann unabhängig davon schuleigene Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen treffen.

§ 6 Erziehungsberechtigte

- (1) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, in angemessenen Zeitabständen über Leistung und Verhalten des Schülers/der Schülerin Auskunft zu erhalten.
- (2) Die Erziehungsberechtigten haben den Schüler/die Schülerin zur Einhaltung seiner/ihrer Verpflichtungen anzuhalten. Sie sind ferner verpflichtet,
 - die Bildungs- und Erziehungsziele der Schule zu achten und nach Kräften dazu beizutragen, sie zu verwirklichen,
 - den Schüler/die Schülerin zur Beachtung der Hausordnung der Schule anzuhalten,
 - Verbindung mit Schulleitung und Lehrkräften zu halten, insbesondere auf deren Wunsch zu Besprechungen über Leistung oder Verhalten des Schülers/der Schülerin in die Schule zu kommen,
 - Änderungen der Sorgeberechtigung unverzüglich der Schule mitzuteilen.
- (3) Die Erziehungsberechtigten erklären sich bereit, nach Kräften in den Einrichtungen der Elternmitwirkung mitzuarbeiten.

§ 7 Haftung

Die Schule und ihre gesetzlichen Vertreter sowie Erfüllungsgehilfen haften außer für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Das gilt insbesondere für den Verlust mitgebrachter Sachen.

§ 8 Dauer

- (1) Der Schulvertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Der Schulvertrag kann von den Erziehungsberechtigten oder dem volljährigen Schüler/der volljährigen Schülerin mit einer Frist von zwei Monaten zum Schulhalbjahr (dem für öffentliche Schulen staatlicherseits festgesetzten Tag der Ausgabe des Zwischenzeugnisses) oder zum



Schuljahresende (31. Juli) gekündigt werden. Bei einer Erhöhung des Schulgelds (§ 10 (2)) ist die Kündigung zum für die Erhöhung vorgesehenen Zeitpunkt möglich. Bei einer von der Schule zu vertretenden Pflichtverletzung ist die Kündigung jederzeit möglich.

- (3) Der Schulvertrag kann von der Schule mit einer Frist von zwei Monaten zum Schulhalbjahr oder zum Schuljahresende gekündigt werden.
- (4) Der Schulvertrag kann aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden. Ein wichtiger Grund für eine Kündigung durch die Schule ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kann insbesondere vorliegen
 - bei Abmeldung vom Religionsunterricht oder bei Austritt des Schülers/der Schülerin aus der Kirche,
 - wenn die Erziehungsberechtigten bzw. bei Volljährigkeit der Schüler / die Schülerin während zweier aufeinanderfolgender Monate mit einem Kostenbeitrag im Rückstand sind, der mindestens dem Kostenbeitrag eines Monats entspricht,
 - wenn die Erziehungsberechtigten oder der Schüler/die Schülerin die christlichen Glaubens- und Wertvorstellungen oder das christliche Menschenbild missachten (z. B. mit rassistischen oder ausländerfeindlichen Äußerungen oder Aufrufen zu Gewalt oder bei Mitgliedschaft in Scientology oder nahestehenden Organisationen),
 - bei erheblichen Verstößen gegen die Hausordnung,
 - bei Mobbing oder Gewalt gegenüber Schülern/Schülerinnen oder Lehrkräften (dazu zählen auch ehrverletzende oder rufschädigende Handlungen im Internet (z. B. auf Youtube) oder in sozialen Netzwerken (z. B. Facebook, Twitter, WhatsApp etc.).
- (5) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 9 Volljährigkeit des Schülers/der Schülerin

Mit Eintritt der Volljährigkeit des Schülers/der Schülerin scheidet die Erziehungsberechtigten aus dem Schulvertrag aus. Auch nach der Volljährigkeit darf den früheren Erziehungsberechtigten Auskunft über Leistung und Verhalten des Schülers/der Schülerin gegeben werden.

§ 10 Schulgeld und sonstige Zahlungen

- (1) Die Schulgebühren setzen sich aus Aufwendungen für den Unterrichtsbetrieb, die Ganztagsbetreuung, das Mittagessen und ggf. die Schulbusbenutzung zusammen. Der monatlich zu zahlende Betrag ergibt sich aus der jeweils gültigen Schulgebührenordnung und wird je Kalendermonat erhoben (September bis August). Der Schulgeldersatz gemäß Art. 47 Abs. 3 BaySchFG beträgt derzeit 102,50 €. Die Schule erhält Ersatzleistungen gemäß § 22 AVBaySchFG monatlich zur Verrechnung. Die darüber hinausgehenden Schulgebühren sind von den Erziehungsberechtigten oder dem volljährigen Schüler/der volljährigen Schülerin direkt an die Schule zu entrichten. Der Einzug der Schulgebühren erfolgt jeweils zum Monatsanfang per Lastschriftverfahren.



- (2) Erhöhungen der Schulgebühren sowie weiterer Gebühren (z.B. Materialkosten und sonstige Auslagen), die zur Kostendeckung nötig sind, wird zugestimmt. Die Erhöhung von Schulgebühren wird frühestens drei Monate nach der Mitteilung wirksam.

§ 11 Zusätzliche Vereinbarungen

Ergänzend wird folgendes vereinbart:

Die Teilnahme an Skikursen, Schullandheimaufenthalten, Besinnungstagen und dergleichen ist verpflichtend. Dieser Schulvertrag bildet die rechtliche Grundlage für die genannten Schulfahrten. Ein Reisevertrag gemäß §§ 651 a ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) wird nicht begründet.

§ 12 Form, Nichtigkeit einer Vereinbarung

Änderungen dieses Vertrags bedürfen der Schriftform. Soweit in diesem Vertrag nichts geregelt oder eine Vereinbarung nichtig ist, gelten kirchliche Regelungen. Sind solche nicht vorhanden, gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Rechts, insbesondere die Vorschriften über den Dienstvertrag.

Ort, Datum

Schulleiter/in

Ort, Datum

Eltern/Erziehungsberechtigte, zugleich handelnd als gesetzliche Vertreter

Eltern/Erziehungsberechtigte, zugleich handelnd als gesetzliche Vertreter

Unterzeichnet nur eine/r der beiden gemeinsam Sorgeberechtigten, so ist eine Einverständniserklärung des/der anderen Sorgeberechtigten beizufügen.

Sollte der unterzeichnende Elternteil allein sorgeberechtigt sein, ist dies durch Vorlage der gerichtlichen Entscheidung nachzuweisen.

oder

Volljährige/r Schüler/Schülerin